



Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugspunkten und in allen Buchen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen

Bellagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommunistische Genossenschafts

Besitzpreis: im Hause monatlich 2.50 Reichsmark. Durch die Post bezogen monatlich 2.20 Reichsmark
(ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgenossenschaft m. b. H. Dresden-4 / Gedruckt bei
und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Zeitungsdruckerei: Dresden-4 / Postleitzahl: Dresden 18691.
Geschäftsstunden: Montags von 10 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde. Mittwochs von 17 bis 18 Uhr
für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen. Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde.

Abonnementpreis: Die neuemal geplante Monatsabreise über deren Raum 0.55 RM. für Inlandser-
eisen ausgenutzt. Über die Reklamezeit an den bestellenden Zeit einer Zeitschrift 1.50 RM.
Auslandsernahme möglichst bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-4. Güterbahnhof-
straße 2. Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Süßen hohes
Tempo besteht kein Unterschied auf Lieferung der Zeitung oder auf Berechnung des Abonnementpreises.

6. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 5. Februar 1930

Nummer 30

900 Millionen Zoll- und Steuererhöhungen!

Über 600 Millionen Besitzsteuern nicht gezahlt / Ungeheuerliche Raubpläne der Müller-Severing-Regierung

Neuer Abbau der Arbeitslosenunterstützung

Berlin, 5. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Heute beginnt das Reichskabinett mit den Beratungen über den Etat 1930, für den der deutsch-sozialparteiliche Reichsfinanzminister Moltenhauer 900 Millionen Mark neue Steuern fordern will. Zu diesem Zweck soll die Bier- und Umsatzsteuer erhöht und die im Sommer ablaufende Zufahrtssteuer beibehalten werden.

Das Reichswehrministerium fordert als erste Rate für den Panzerkreuzer B die Einstellung von 2 Millionen Mark oder zumindest eine sogenannte „Untersetzungsumme“ von 100 000 Mark in den Etat. Damit soll die grundsätzliche Entscheidung auch für den zweiten Panzerkreuzer erzwungen werden.

Seine Ergänzung findet dieses Auszuhungssystem der Koalitionsregierung darin, daß laut offizieller Mitteilung des Reichsfinanzministers 600 Millionen Mark fälliger Belaststeuern gestundet werden sind.

Dresden, 5. Februar.

Wie das Landesarbeitsamt Sachsen meldet, hat die Arbeitslosigkeit in der Zeit vom 15. Januar bis 31. Januar eine weitere Steigerung erfahren. Am 31. Januar betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung 280 780 und in der Arbeitsunterstützung 38 236. Mit dem Anstieg aus der Versicherung ausgesteuerten Erwerbslosen erreicht die Zahl der Erwerbslosen Sachsen rund 400 000. In den drei Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz ist gegenüber dem Vorjahr am 15. Januar eine Steigerung der Arbeitslosenziffern um 67 v. H. bzw. um 101 und 146 v. H. zu verzeichnen.

Das Arbeitsamt bemerkte dazu mit Recht, daß der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit in Sachsen noch nicht erreicht ist.

Angesichts dieser Tatsachen gilt es die gesamte Arbeiterschaft zum revolutionären Kampf gegen die neuen Hungerpläne der Müller-Severing-Regierung zu mobilisieren.

Plant doch diese Regierung bereits einen neuen Abbau der Erwerbslosenunterstützung.

So hat z. B. erst vor einigen Tagen der sozialdemokratische Reichsarbeitssminister Wissell den ausgezehrten arbeitslosen Bauarbeiter die Gewährung der Arbeitsförderung verweigert, trotzdem steht der Bundesvorstand des sozialdemokratischen Baugewerbeverbands in einer Eingabe an Wissell erklärt wurde:

„Doch in den einzelnen Bezirksverbänden die Mitglieder des Baugewerbeverbands, die keinen Anspruch auf Arbeitsunterstützung haben, bis auf 35 Prozent der Gesamtmitgliedschaft gehen.“

Nach vorherigen Eingaben haben rund 70 000 Mitglieder des Baugewerbeverbands im Jahre 1929 mehr als 26 Wochen Arbeitslosigkeit durchgemacht. Sie liegen heute alle ohne Unterstützung auf der Straße.

Angesichts der schändlichen Pläne der Hermann-Müller-Severing-Regierung auf Erhöhung der Mollensteuern um 900 Millionen Mark, Abbau der Erwerbslosenunterstützung und neuer Steuergesetze für die Bourgeoisie muß

ein Massenkampf in allen Betrieben gegen die kapitalistisch-sozialfascistische Hungerpolitik ausbrechen.

In geschlossener Front gilt es den Kampf aufzunehmen für den Siebenstundentag bei solemm Lohnausgleich und um Lohnnerhöhung. Es gilt den Kampf der Betriebsarbeiter zu verbinden mit dem der Erwerbslosen auf Erhöhung der Unterstützungsstärke und ihre Zahlung während der ganzen Dauer der Erwerbslosigkeit.

Unglaubliche Profite machen die deutschen Kapitalisten täglich und verschleiern sie ins Ausland. Alles unter den Augen der Hermann-Müller-Regierung, die gleichzeitig die Sozialversicherung abbaut und Kinderarbeits- und Winterhilfe ablehnt.

Die Generale, Admirale und Minister erhalten ungeheure Gehälter und ebenso hohe Pensionen. Da ist der ehemalige Reichsfinanzminister Schlieben, der von der Severing- und Hermann-Müller-Regierung jährlich 20 000 Mark Pension bekommt, obwohl er nebenbei in der gleichen Zeit als Industriellenpräsident 50 000 bis 60 000 Mark bezieht.

Was die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien mit allen Kräften sabotieren muß erläutert werden:

Herunter mit den Gehältern der hohen Beamten! Herunter mit ihren Pensionen! Fort mit den Ausgaben für Reichswehr und Marine! Weg mit allen Gehaltsfonds! Hier mit der Wohnungslagosteuer und der Verhinderung der Erbschafts- und Vermögenssteuer!

Kein Werkführer darf so töricht sein, die Erfüllung dieser kommunistischen Forderungen, die Erweiterung der sozialen Ausgaben und die Erhöhung des Löhnens von der bourgeois-sozialdemokratischen Regierung und ihrer Unternehmer zu erwarten.

Sie kann nur im schärfsten Kampf gegen sie, durch den Sturz des Koalitionskabinetts und die Errichtung der proletarischen Diktatur erklungen werden, die mit der Schande aufzuhören wird, daß Tag für Tag die Massen des Proletariats und Kleinbürgertums ausgeplündert werden, während die Salten Millionen elenden!

Niederschlesischer Erwerbslose demonstrieren vor den Betrieben

Vor der Gardine in Döbeln und anderen Betrieben in Niederschlesien demonstrierten am Dienstagvormittag über 150 Erwerbslose. Eine Anzahl von Transparenten brachte die Forderungen der Erwerbslosen zum Ausdruck und wies auf den gemeinsamen Kampf der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen hin. Die Demonstration richtete sich auch gegen das Bluthab in Hamburg und gegen das Republikanugesetz. Die Polizei fuhr mit 3 Ueberfallkommandos in Leuben umher und suchte dort die Demonstration, fand sie jedoch nicht. Am Bahnhof Niederschlesien wurde die Demonstration beendet, nachdem ein Vertreter des Erwerbslosenausschusses nochmals den anwesenden Betriebsarbeitern betonte, daß sich die Erwerbslosen weiter durch die Versuche der Gauleiter, die Streitbrechergruppen unter den Erwerbslosen zu bilden versuchen, noch durch die aktivierte Spezialtruppe hindern lassen, gemeinsam mit ihren Klassenbrüdern im Betrieb den Kampf um die Durchführung der Schlüsse des Landesongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu führen.

Flucht aus der Sozialdemokratischen Partei

SPD-Redakteur Schwabe stellt Verbürgerlichung seiner Partei fest und sagt sich von ihr los

Raum zwei Monate und seit dem Uebertritt der Reichstagsabgeordneten Genossen Kesse von der SPD zur KPD vergangen. Diese sozialdemokratische Arbeiterschaft ist zwischen ihrem Beispiel gefolgt. Morgen werden wir eine Erklärung des sozialdemokratischen Redakteurs Schwabe veröffentlichen.

Schwabe ist nicht irgendwie. Als russischen Menschenfreund gehörte er der USPD, und seit 1923 der Sozialdemokratie an. Bis zur Nürnberger Vereinigung war er Redakteur des Kölner Volksblatts, 1922 bis 1925 Redakteur der Düsseldorfer Volkszeitung, 1925 bis 1928 Redakteur beim Hamburger Echo. Seit diesem Jahr war er Verbandsleiter für den Hauptvorstand des Zentralverbandes der Arbeitslosen und mit wenigen Deutschen sowie Redakteur der Arbeiterzeitung.

Schwabe kennt seine Partei, für die er in hunderten von Versammlungen gesprochen hat, also sehr gut. Um so vernünftiger für sie ist sein Urteil über die völlige Verbürgerlichung der Partei, wenn er auch noch anjetzt Meinung noch mit Unrecht, an die persönliche Chälfheit jener glaubt, die vom „Himmlischen in den Sozialismus“ reden, während sie die Arbeiterschaft zu hauen niedertrüppeln.

Aber die schlagende Auseinandersetzung der Sünden des führenden SPD-Königs und die logische Auseinandersetzung über die Unmöglichkeit, auf dem Weg des Reformismus der Bevölkerung des Sozialstaates auch nur um einen Schritt näher zu kommen, wird gewiß ein bestreitbares Signal für die zahlreichen über die Politik ihrer führenden grossen SPD-Arbeiter sein!

Hinein in die kommunistische Partei hin ein in die Front aller für die rote Diktatur kämpfenden!

Entlarvte Bolzsbetrüger

Vergeblicher Betrugsmord der „Linen“ / Die Nazis für die Diktatur des Finanzkapitals, für Morgan und Schacht

Dresden, 5. Februar.
In der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtags wurde das Beträugsziel, das die linke Sozialdemokratie wie auch die nationalsozialistische Hitlergarde mit der Arbeiterschaft spielen, wieder einmal gründlich entlarvt. Der linke Liebmann hatte im Verlauf der Verhandlungen einen Antrag eingereicht, nachdem die diktatorischen Vollmachten des Reichskanzlers und der Betriebsleiter der Großbanken im Generalrat des Reichsbanks durch Veränderung des Reichsbankgesetzes „abgebrochen“ werden sollten. Der Redakteur der kommunistischen Fraktion entlarvte diesen Antrag als

ein magisches Unterstützungsmandat der „Linen“ für die sozialfascistische Koalitionsregierung.

Er wies darauf hin, daß die Sozialdemokratie für die Diktatur Schachts voll und ganz verantwortlich ist, denn sie hat sowohl dem Domänenplan als auch dem Youngplan ihre Zustimmung gegeben, mit deren Hilfe die Macht des deutschen und amerikanischen Finanzkapitals, in dessen Auftrag Schacht handelt, gestiftet wurde. Dieselben „Linen“ Sozialdemokratien, die im Sächsischen Landtag einen Antrag gegen die Diktatur Schachts einbringen, sind es, die die Diktatur der Severing, Gräßel, Jörigkeit und Schönfelder gegen die revolutionäre Arbeiterschaft billigen und durch ihre erbärmlichen Beträugsmaßnahmen verschleiern wollen.

Sie wollen verschleiern, daß die sozialfascistische Reichsregierung die Befehle Morgans genau so durchführt, wie dies Schacht tut.

Unter Redner wies darauf hin, daß wir Kommunisten für den sozialdemokratischen Antrag stimmen, nur um den „Linen“

zu trüben nicht die Möglichkeit zu geben, im Lande die Puppe zu verbreiten, daß wir Kommunisten für die Diktatur Schachts seien. Indem wir das linke Beträugsziel entlarven, legen wir den Arbeitern gleichzeitig auch die Diktatur des Trust- und Finanzkapitals und seiner Bürokraten nur gebrochen und bestätigt werden kann durch den revolutionären Kampf der Arbeiterschaft gegen den Youngplan, gegen die sozialfascistische Diktatur, gegen die linke Beträger dieser Diktatur und durch den Sturz der hunger- und Kriegsregierung Müller-Severing, durch die proletarische Diktatur.

Wurden die „Linen“ Sozialdemokratien gelöst als die Juäler der Hermann-Müller-Severing-Regierung und der gesamten bourgeoisischen Klasse entlarvt, so tunen die Nationalsozialisten ein Ähnliches, um zu beweisen, daß auch sie gekrönte Könige der Trust- und Finanzkapitalie sind. Sie, die sonst nicht genug thun können vom Kampf gegen das Bank- und Börsenkapital, die sonst das Maul nicht weit genug aufreißen können mit ihrem Gelöwe „gegen“ den Youngplan.

Sie stimmen ausdrücklich für die Marionette dieses Trust- und Finanzkapitals, für Schacht.

Indem sie gegen den Antrag Liebmanns stimmen drücken sie eindeutig zum Ausdruck, daß sie gewillt sind, die von Morgan und seinen deutschen Verbündeten vorgeführte Politik zur Durchführung des Youngplanes mitzumachen. Seltens haben die Nationalsozialisten sich so offen entlarvt. Reicht man ihre gefährliche Unterstellung des Youngplanes an die Erfahrung Göppels an, daß auch die Nationalsozialisten bereit seien, „Reparationen nach Maßgabe des Allgemeinen“ zu leisten, an den Bild des fälschlichen thüringischen Innensenators Fried, die „Belmaren-Berlassung mit allen Mitteln zu stützen“, an die Zustimmung